

Fuldaer Zeitung

Gegründet 1874

Ausgabe vom 1. Oktober 2011

KOLUMNE

Dem EFSF folgt noch Schlimmeres – der ESM

Das Parlament, also die von uns gewählten Abgeordneten, haben am Donnerstag zugestimmt, dass die Bundesrepublik Deutschland für 211 Milliarden Euro die unwiderrufliche Bürgschaft übernimmt, um die überschuldeten Staaten der Eurogemeinschaft vor der endgültigen Pleite zu retten. Eine Summe, die Deutschland überhaupt nicht hat. Ein Sieg für Kanzlerin Merkel – so beschreiben die meisten Zeitungen diese Abstimmung.

Umfragen zeigen, dass die überwiegende Mehrheit der Deutschen gegen diese Milliardenbürgschaft ist. Dabei war die Abstimmung am Donnerstag nur ein weiterer Schritt auf dem Weg in die Entmündigung der Bürger. Am Donnerstag ging es um den EFSF, die Europäische Finanzstabilisierungsfazilität. Demnächst steht der ESM an. Dieser Abkürzungswahn hilft, die Inhalte zu verschleiern. Selbst viele Abgeordnete wissen nicht mehr, was sie da eigentlich tun, außer, das es um ihre eigene Machterhaltung geht. Übrigens: ESM heißt Europäischer Stabilitätsmechanismus. In dem Vertrag mit 43 Artikeln, der den Abgeordneten auf dem Tisch liegt, steht nicht mehr und nicht weniger, als dass Deutschland unwiderruflich seine Souveränität in Finanz- und Wirtschaftsfragen an den ESM abtritt (siehe Seite 3).

Das Grundkapital von 700 Milliarden Euro kann vom Gouverneursrat des ESM jederzeit und unwiderruflich erhöht werden, und dann müssen wir unseren Anteil innerhalb von sieben Tagen überweisen. Und das will uns eine bürgerliche Regierung unterjubeln – als wichtigen Schritt in die Vereinigten Staaten von Europa? Dieser ESM kann Schulden machen, Eurobonds ausgeben, Staatsschulden ankaufen, er kann und wird aus den Eurostaaten eine staatsgelenkte Schuldengemeinschaft machen.

Wir Bürger haben im Moment nur eine Möglichkeit. Wir müssen unsere Abgeordneten fragen, ob sie diesen Irrsinn mittragen. Wir müssen darauf drängen, dass solche weitgehenden Entscheidungen nicht im Parlament nach parteitaktischen Überlegungen entschieden werden.

Bei der Abstimmung am Donnerstag haben zum Bei-

spiel die Abgeordneten Klaus-Peter Willsch (CDU) aus Limburg, Peter Gauweiler (CSU) aus München und Frank Schäffler (FDP) aus Herford gegen die Vergesellschaftung der Schulden gestimmt. Im Parlament waren sie in der Minderheit, aber sie haben die Mehrheit des Volkes vertreten. Dieser undemokratische Vorgang darf sich bei der EMS-Abstimmung nicht wiederholen, weil die Entmündigung des Einzelnen und des deutschen Volkes insgesamt die Folge ist.

GÜNTER EDERER



Längst geht es auch um einen Wechsel der Systeme: Wollen die Deutschen ein Europa der Vaterländer, in dem eine enge Zusammenarbeit die Identität der Völker erhalten bleibt, oder wollen wir die Vereinigten Staaten von Europa, in der Griechen und Finnen, Zyprioten und Iren mit der gleichen Gesetzgebung und der damit verbundenen Gleichschaltung ihrer nationalen Eigenarten eingeebnet werden? Der ESM ist ein Schritt in diese Gleichmacherei. Abgesehen von der Frage, ob wir das wollen, ist das auch ein Schritt in ein utopisches Hirngespinnst. Vor 30 Jahren sind die Griechen in die EWG, der heutigen EU eingetreten, und sie sind Griechen geblieben, mit allen Facetten, die uns heute teuer zu stehen kommen.

Das Europageschwafel der Systemveränderer, die uns jetzt den ESM unterjubeln wollen, schadet massiv der Idee eines friedlichen Zusammenlebens in Europa. Sie vergessen, dass es noch mehr Staaten gibt, die nicht den Euro als Währung haben und die sich jetzt bestätigt fühlen, dass eine gemeinsame Währung keine gute Idee ist. Was ist also mit Schweden, Großbritannien, Dänemark, Polen, Tschechien usw.? Sind das in Zukunft keine guten Europäer mehr? Und die Norweger und Schweizer, die schon nicht in die EU wollen, und die Serben, Moldauer, Ukrainer und Türken? Werden für die neue geografische Grenzen gezogen, damit sie nicht mehr zu Europa zählen?

Nein, der EMS ist die Systemumkehr von Selbstverantwortung zur Staatshaftung, von Markt zu Dirigismus, von Wettbewerb zur Zuteilung. Für Deutschland ein Drama – weil dies von einer so genannten bürgerlichen Koalition betrieben wird.